

Handelsminister Dr. Josef Sztorenyi mit der Kabinettsbildung betraut.

(Telegramm der „Neuen Freien Presse“.)

Budapest, 22. April.

Heute abend verbreitete sich in politischen Kreisen das Gerücht, daß der Handelsminister des Kabinetts Bekerele, Josef Sztorenyi, mit der Kabinettsbildung betraut worden sei. Das Gerücht fand alsbald seine Bestätigung. Josef Sztorenyi, der zur Heilung eines Kehltopfleidens in Abbazia war, erhielt in der vorigen Woche für Samstag den 20. d. eine Berufung zum Monarchen. In dieser Audienz, die über zwei Stunden dauerte, wurde Josef Sztorenyi zum Ministerpräsidenten designiert. Der Kandidat, der vom Beginn der Krise im Vordergrund aller Kombinationen stand, war Dr. Bekerele. Allein er konnte sich unter den gegenwärtigen Umständen nicht entschließen, eine Wiederbetrautung anzunehmen. Die Wahl des Monarchen fiel nun auf Sztorenyi, der sowohl in seinen politischen wie in seinen wirtschaftspolitischen Anschauungen Dr. Bekerele am nächsten steht.

Der designierte Ministerpräsident hat die schwere Aufgabe übernommen, den inneren politischen Frieden in Ungarn herzustellen und eine Aera der Arbeit und der gesicherten Ordnung einzuleiten. Der Weg zum inneren Frieden führt über das Wahlrechtskompromiß. In diesem Sinne war es einer der ersten Schritte des designierten Ministerpräsidenten, sich über die Chancen eines Wahlrechtskompromißes zu orientieren.

Besprechungen des designierten Ministerpräsidenten.

Der designierte Ministerpräsident hatte gestern im Ministerratspräsidium eine eingehende Konferenz mit Dr. Bekerele, dem Grafen Stephan Tizza und dem Prinzen Ludwig Windisch-Grätz, deren wichtigsten Gegenstand die Frage des Kompromißes in der Wahlreform bildete. Josef Sztorenyi nahm in dieser Konferenz vor allem die Wünsche der Arbeitspartei entgegen.

Nach der Konferenz im Ministerpräsidium hatte der designierte Ministerpräsident Besprechungen mit Doktor Wilhelm Bazsonyi, Grafen Albert Apponyi, Grafen Julius Andrássy, Grafen Johann Hadik und Marquisen Pallavicini. In diesen Konferenzen machte Sztorenyi von seiner Betrautung Mitteilung und betonte, daß seine Mission in erster Reihe auf die Herbeiführung eines Wahlrechtskompromißes und die Erreichung des innerpolitischen Friedens abziele. Das Gelingen seiner Mission hänge naturgemäß von der Stellungnahme der Achtundvierziger-Verfassungspartei zu den Kompromißvorschlägen in der Wahlrechtsfrage ab. Die Führer der Achtundvierziger-Verfassungspartei nahmen die Mitteilung des designierten Ministerpräsidenten zur Kenntnis. Die endgültige Stellungnahme zu den Kompromißvorschlägen wird erst in der Parteikonferenz erfolgen. Inzwischen wird Sztorenyi die Kompromißverhandlungen auch mit den anderen Faktoren in die Wege leiten, die in der Kompromißfrage in Betracht kommen. Wahrscheinlich dürften auch Verhandlungen mit der Karolyi-Partei, den Sozialdemokraten und den Radikalen stattfinden, um nach allen Richtungen hin ein klares Bild von den Grenzen der Kompromißmöglichkeit zu gewinnen.

Dr. Sztorenyi will sich in erster Reihe auf die Achtundvierziger-Verfassungspartei als ungeteiltes Ganzes stützen und aus den Reihen dieser Partei, mit der er seit Jahren enge verbunden ist, sein Kabinett bilden. Von den Kompromißvorschlägen wird es abhängen, ob eine einheitliche Stellungnahme der Partei möglich ist. Die Ablehnung eines Kompromißes, die der in der letzten Parteikonferenz angenommene Antrag Ugron enthielt, war nach der Auffassung des Grafen Apponyi und Dr. Bekereles nur gegen ein solches Kabinett gerichtet, das in der Wahlrechtsfrage nicht das Vertrauen der Partei verdiene. Es fragt sich nun, ob die Partei einem Kabinett Sztorenyi diesen Vertrauensvorschuß gewähren und auf ihn die mildere Auslegung des Beschlusses anwenden will. Sollte eine einheitliche Stellungnahme der Partei nicht erfolgen, würde wahrscheinlich der Versuch gemacht werden, jene Gruppe der Verfassungspartei, die sich aus den Anhängern der Kompromißanhänger zusammensetzt und die in der freitägigen Konferenz für den Galschen Antrag gestimmt hat, für die Unterstützung des neuen Kabinetts zu gewinnen.

Die Lösung der Aufgabe, die sich Dr. Sztorenyi gestellt hat, wird in allen politischen Kreisen als äußerst schwierig bezeichnet, da sich die parteipolitischen Verhältnisse in der letzten Zeit sehr zugespitzt haben. Das Gelingen der Kabinettsbildung wird davon abhängen, ob die Wahlrechtsfrage durch ein Kompromiß gelöst werden kann, das die an der Wahlrechtsfrage besonders interessierten Parteien zu befriedigen vermag.

Die Auffassung in den Parteien.

In der Achtundvierziger Verfassungspartei rief die Nachricht von der Betrautung Sztorenyis große Ueberraschung hervor. Das Gros der Partei gab der Ansicht Ausdruck, daß es nach dem freitägigen Konferenzbeschlusse sehr schwer sein werde, auf der einen Seite die Gegensätze zwischen den beiden Gruppen im Schoße der Partei, auf der anderen Seite die Differenzen zwischen der Verfassungspartei und der Arbeitspartei in der Wahlrechtsfrage zu überbrücken. Im übrigen müsse abgewartet werden, wie die Kompromißvorschläge des designierten Ministerpräsidenten beschaffen sein werden. Erst wenn die Partei diese Vorschläge genau kennt, werde sie endgültig Stellung nehmen können. Der intransigente Teil der Partei sieht auch heute auf dem Standpunkte, daß ein Kompromiß nach dem letzten Konferenzbeschlusse nicht möglich sei, da sich die Partei auf die Bazsonyische Vorlage unverrückbar festgelegt habe.

In der Arbeitspartei kam die einheitliche Auffassung sowohl seitens der Führer als auch der Parteimitglieder zum Ausdruck, daß für die Arbeitspartei die Hauptsache in der Möglichkeit eines Wahlrechtskompromißes liege. Die Partei hege keine persönlichen Wünsche, sondern lasse sich bloß durch sachliche Momente leiten und werde nur von diesem Gesichtspunkte aus die neue Kabinettsbildung beurteilen. Wichtig sei, daß ein Mann an die Spitze der Geschäfte trete, der den Wünschen der Arbeitspartei bei der Entwirrung entsprechendes Verständnis entgegenbringe. Er müsse in der Wahlrechtsfrage Zugeständnisse bringen, die der Arbeitspartei die Annahme des Gesetzes ermöglichen.

Die Karolyi-Partei hielt heute abend eine Konferenz, die sich mit der Betrautung Sztorenyis befaßte und ihrem Mißtrauen ihm gegenüber Ausdruck verlieh, da von ihm vorauszusetzen sei, daß er in der Wahlrechtsfrage Zugeständnisse machen werde, die mit den von der Partei seinerzeit eingegangenen Vereinbarungen nicht in Einklang stehen.

„Magyar Tudósító“ meldet offiziös: „Ein heute nachmittag erschienen Blatt bringt die Mitteilung, daß Handelsminister Josef Sztorenyi bezüglich der in der Wahlrechtsfrage entstandenen Krise dem Monarchen einen Vorschlag unterbreitet hätte. Dem gegenüber wird festgestellt, daß Handelsminister Sztorenyi weder in der Wahlrechtsfrage noch in Angelegenheit der Entwirrung der Krise, weder mündlich noch schriftlich, noch direkt noch indirekt dem Monarchen einen Vorschlag unterbreitet habe.“

Ueber die Aufnahme der Betrautung Sztorenyis verlaublich „Magyar Tudósító“ offiziös: „Der Gegenstand des Gespräches in der Achtundvierziger-Verfassungspartei bildete die politische Lage und die auf privatem Wege eingelangte Mitteilung, daß der Monarch an Stelle des demissionierten Kabinetts Bekerele ein neues Kabinett ernennen wolle, mit dessen Zusammenstellung Josef Sztorenyi als designierter Ministerpräsident betraut wurde. Alle im Klub anwesenden Parteimitglieder haben die bona fides des Unternehmens Josef Sztorenyis, welcher der Achtundvierziger-Verfassungspartei angehört, anerkannt, doch konnte sich in dieser Frage noch keine bestimmte Meinung bilden. Die Partei blickt der Zukunft mit der größten Ruhe entgegen und erwartet eine ihrem Programm entsprechende Entwirrung.“

Der Lebenslauf Dr. Josef Sztorenyis.

Josef Sztorenyi, der vom Monarchen mit der Kabinettsbildung betraut worden ist, gehört seit Jahrzehnten zu den führenden Persönlichkeiten des politischen und wirtschaftlichen Lebens Ungarns. An seinen Namen knüpfen sich die bedeutenden wirtschaftspolitischen Schöpfungen, namentlich auf dem Gebiete der Industrieförderung in Ungarn. Bereits im Jahre 1889 wurde Handelsminister Gabriel Baroz auf den begabten jungen Mann, der sich schon damals durch seine fachliterarische Tätigkeit einen Namen erworben hatte, aufmerksam und ernannte ihn zum Gewerbeinspektor für Siebenbürgen. Ein Jahr später berief ihn Baroz in das neu organisierte Handelsministerium, wo er sich hauptsächlich mit Industrieförderungsangelegenheiten befaßte. An die Spitze der gewerblichen und Handelsunterrichtsaktion gestellt, organisierte er den Unterricht für die Hausindustrie und dann den höheren gewerblichen Unterricht. Im Jahre 1893 wurde er Chef der Hauptsektion für Industrieförderung und 1899 erfolgte seine Ernennung zum Ministerialrat. Sztorenyi schuf zwei Gesetze über die staatlichen Begünstigungen der heimischen Industrie. Der Arbeiterfürsorge widmete er besondere Aufmerksamkeit. Seine bedeutendste Schöpfung ist die Verringerung des Gewerbegesetzes. Sztorenyi erlang im Handelsministerium bald eine führende Stellung, so daß alle wichtigen handelspolitischen Aufgaben ihm übertragen wurden. Im Jahre 1905 wurde er zum administrativen Staatssekretär im Handelsministerium ernannt. Als Kossuth 1906 das Handelsportefeuille übernahm, ernannte er Sztorenyi zu seinem politischen Staatssekretär. Als solcher nahm Sztorenyi Einfluß auf die ganze ungarische Handelspolitik.

Bei den Ausgleichsverhandlungen mit Oesterreich in den Jahren 1906 und 1907 hatte Sztorenyi als Präsident der ungarischen Ausgleichskommission eine führende Rolle. Er gilt als Anhänger langfristiger wirtschaftlicher Bindungen. In wiederholten Vorträgen in Wien und Berlin ist Sztorenyi nachdrücklich für eine innige Gestaltung der wirtschaftlichen und politischen Beziehungen zwischen den beiden Staaten der Monarchie und zwischen ihnen und dem Deutschen Reiche eingetreten. Sztorenyi hat eine große fachliterarische Tätigkeit entfaltet. Seine Schriften umfassen mehr als siebzig Bände. Eine Monographie über die ungarische Fabrikindustrie allein füllt zwanzig Bände. Seine Werke über den ungarischen Gewerbeunterricht und die ungarische Industrie sind auch in deutscher und französischer Sprache erschienen.

Audienz des Ministers Prinzen Windisch-Grätz.

Der ungarische Ernährungsminister Prinz Ludwig Windisch-Grätz ist heute früh in Wien eingetroffen und in seinem Palais in der Prinz Eugenstraße abgestiegen. Vormittag machte Prinz Windisch-Grätz einige Besuche. Nachmittags um 5 Uhr hat der Kaiser den Prinzen Windisch-Grätz in besonderer Audienz empfangen.

Der dreistündige Demonstrationstreik in Budapest.

Der von der organisierten Arbeiterschaft veranstaltete Demonstrationstreik für das allgemeine Wahlrecht hat einen ruhigen Verlauf genommen. Nach Schätzungen zogen ungefähr 100.000 Personen in das Stadtwaldchen, um der dortigen Versammlung beizuwohnen. Sie demonstrierten dort für das allgemeine Wahlrecht und gegen dessen Gegner, ohne daß es zu lärmenden Szenen gekommen wäre.

Von 2 Uhr nachmittags bis 5 Uhr abends ruhte in Budapest und Umgebung sowie in sämtlichen Industriegebieten Ungarns die Arbeit. Von diesem Auslande wurde bloß die Arbeiterschaft der öffentlichen Betriebe sowie der Lebensmittelbranche ausgenommen. Ansonsten streikten alle organisierten und nichtorganisierten Arbeiter. Um 2 Uhr verließen die Arbeiter in geschlossenen Reihen die Fabriken. Um halb 4 Uhr nachmittags begann die Versammlung im Stadtwaldchen. Arbeiterführer Emmerich Buchinger, der den Vorsitz führte, erklärte den Zweck der Demonstration. Die Resolution wurde vom Arbeiterführer Desider Bokanyi mit einer Rede vorgelegt. Er forderte, daß die kommende Regierung von dem vorliegenden Wahlrechtsentwurf nichts abhandeln lasse und daß die Vorlage innerhalb einer bestimmten Frist zur Verhandlung gelange. Für den Fall aber, daß diese Vorlage von der gegenwärtigen Majorität abgelehnt werden sollte, möge das Parlament aufgelöst werden. Der in diesem